

Niederschrift

über die 9. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses in seiner 6. Wahlperiode am
06.02.2001
im Ratssaal des Rathauses in Monheim am Rhein

Mitglieder:

Dünchheim, Thomas	Bürgermeister
Dr. Müller, Ulrich	CDU-Fraktion
Gronauer, Markus	CDU-Fraktion
Schaub, Lothar	CDU-Fraktion
Bosbach, Günter	CDU-Fraktion
König, Karl	CDU-Fraktion
Göbel, Karl-Heinz	CDU-Fraktion
Taplick, Karl-Heinz	CDU-Fraktion
Hengsberger, Wally	SPD-Fraktion
Jelinek, Artur	SPD-Fraktion
Klein, Manfred (Vertreten) vertreten durch Geyer, Jens	SPD-Fraktion
Nieswand, Helmut	SPD-Fraktion
Schmidt, Harald (Vertreten) vertreten durch Belger, Martin	SPD-Fraktion
Pruin, Stefan ab 18.14 Uhr	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Liebe, Luda	Fraktion Fraktion MBM/F.D.P/F.D.P.
Schallner, Nils	Fraktion Peto
Spiecker, Gerd	Verwaltung
Herrmann, Max	Verwaltung
Bosbach, Hans	Verwaltung
Trost, Uwe	Verwaltung
Müchler, Gerhard	Verwaltung
Brock, Hans Peter	Verwaltung
Frömmer, Martin	Verwaltung
Holtermann, Werner	Verwaltung
Lehmacher, Theo	Verwaltung
Mansen, Wolfgang	Verwaltung

Mittmann, Georg
Hohmeier, Michael
Boldt, Günther

Verwaltung
Verwaltung
Schriftführer

Beginn der Sitzung 18:02 Uhr

Ende der Sitzung 19:13 Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

- Ö 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit
- Ö 2. Kenntnisnahme der Niederschrift der letzten Sitzung -öffentlicher Teil-
- Ö 3. 2001/0046 Bericht über die Ausführung von Beschlüssen aus der letzten Sitzung
- Ö 4. 2001/0055 Ausnahmen von der Anleinplicht gemäß § 5 Abs. 2 der Verordnung zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung auf dem Gebiet der Stadt Monheim am Rhein
- Ö 5. 2001/0045 Einziehung eines Teilstücks des Wirtschaftsweges nördlich der Bürgerwiese Baumberg
- Ö 6. 2001/0036 Sachstand Personalentwicklung
- Ö 7. Mündliche Anfragen
- Ö 8. Mündliche Mitteilungen

Nichtöffentliche Sitzung

NÖ 9.		Feststellung der Beschlussfähigkeit
NÖ 10.		Kenntnisnahme der Niederschrift der letzten Sitzung - nichtöffentlicher Teil-
NÖ 11.	2001/0047	Bericht über die Ausführung von Beschlüssen aus der letzten Sitzung
NÖ 12.	2001/0029	Vergabeangelegenheit
NÖ 13.	2001/0040	Vergabeangelegenheit
NÖ 14.	2001/0054	Vertragsangelegenheit
NÖ 15.	2001/0030	Grundstücksangelegenheit
NÖ 16.	2001/0031	Grundstücksangelegenheit
NÖ 17.		Mündliche Anfragen
NÖ 18		Mündliche Mitteilungen

Ö 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit

Herr Bürgermeister Dünchheim eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Er teilt sodann mit, dass der Tagesordnungspunkt Ö 5 - Einziehung eines Teilstückes des Wirtschaftsweges nördlich der Bürgerwiese Baumberg - und damit im Zusammenhang die Vorlage lfd. Nr. NÖ 14 - Vertragsangelegenheit - von der Verwaltung zurückgezogen werden. Seitens der Verwaltung bestehe noch rechtlicher Klärungsbedarf. Der Ausschuss habe durch die Verwaltungsvorlage und durch einen nachgelegten Brief von ihm ausreichend Informationen erhalten. Man werde die gesamte Angelegenheit nochmal komplett vorlegen, wo alles umfassend dargestellt werde. Dann würde auch das Thema "Ersatzweg" angesprochen, wie das stattfinden und wie das finanziert werden soll. Das scheine ihm noch nicht hinreichend abgeklärt zu sein.

Weitere Wortmeldungen zur Tagesordnung gibt es nicht.

Ö 2. Kenntnisnahme der Niederschrift der letzten Sitzung -öffentlicher Teil-

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt die Niederschrift zur Kenntnis.

Ö 3. 2001/0046 Bericht über die Ausführung von Beschlüssen aus der letzten Sitzung

Die Verwaltung teilt zu dem im Rahmen der Haushaltsberatungen angesprochenen Produkt 2.4.02 - Schulabschlüsse VHS - und dem Hinweis dazu, dass die angegebenen Teilnehmerzahlen und die Zahlen der erfolgreichen Abschlüsse in der Relation zueinander nicht stimmen können, mit, man habe das nochmals überprüft und sei zu der Feststellung gekommen, dass die angegebenen Zahlen sowohl der Teilnehmer als auch der Relationen nicht mit den tatsächlichen Zahlen übereinstimmen. Die Relationen würden wesentlich günstiger aussehen, als in dem Entwurf des Haushaltsbuches angegeben. Die Verwaltung werde diese Zahlen entsprechend ändern und die Angaben dem Protokoll beifügen.

Der Ausschuss nimmt den Bericht über die Ausführung der Beschlüsse aus der letzten Sitzung zur Kenntnis.

Ö 4. 2001/0055 Ausnahmen von der Anleinplicht gemäß § 5 Abs. 2 der Verordnung zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung auf dem Gebiet der Stadt Monheim am Rhein

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion äußert, dass man den Bericht der Verwaltung über das Hearing vom 18.12.00 und den Beschlussvorschlag, den die Verwaltung heute vorlegt, eingehend in der Fraktion beraten habe. Man werde diesem Vorschlag folgen, weil er das maßgebliche Ziel, Konflikte zu entschärfen, zu erreichen versuche. Insofern sei der Gedanke, Freilaufronen in ausreichendem Maße nach Anzahl und Größe auszuweisen, ein gangbarer Kompromiss. Die Verwaltung habe hierzu 4 Vorschläge gemacht. Mit dem 4. Vorschlag "Fläche Steinacker" habe man wegen des Naturschutzes und der Passanten und Radfahrer in dem Gebiet doch ein gewisses Problem. Bei der Ausarbeitung der Verordnung sollte diese vorgesehene Freilaufrone nochmals überprüft werden. Die CDU-Fraktion schlage aus diesem Grunde ggfls. als Ersatz die Einbeziehung weiterer Örtlichkeiten vor. Man denke dabei an eine Wiese zwischen Rheinufer und einem Grundstück, dessen Eigentümer mit "Bambeck" bezeichnet werde. Diese Wiese soll angeblich zur Verfügung stehen. Natürlich müsse mit dem Eigentümer verhandelt werden. Ein weiterer Vorschlag könne aus dem Bericht über das Hearing selbst entnommen werden, und zwar die freie Fläche zwischen Rabenstraße, Knipprather Straße und Baumberger Chaussee. Diese Fläche werde ohnehin für diese Zwecke schon genutzt. Es wäre zu prüfen und mit dem Eigentümer abzuklären, ob man diese Fläche ebenfalls als Freilaufrone ausweisen könne. Weitere Anregungen aus der Bevölkerung sollten zudem eingehend überprüft werden. Als weiterer Punkt wäre der Einsatz des kommunalen Ordnungsdienstes anzusprechen. Zu einer Entschärfung von Konflikten könne dadurch beigetragen werden, in dem dem kommunalen Ordnungsdienst entsprechende "Dienstanweisungen" gegeben werden, wie bei festgestellten Verstößen gegen die Anleinplicht zu verfahren ist. Ansonsten würde die Vorlage ja nur einen Bericht der Verwaltung beinhalten und letztlich die Vorstellung, wie eine zukünftige Verordnung aussehen könnte. In diese Richtung sollte weiter gearbeitet werden.

Der Bürgermeister fasst zusammen, dass sich die Prüfaufträge an die Verwaltung einmal auf das Grundstück an der Baumberger Chaussee und zum anderen auf das Grundstück Verlängerung Grundstück Rheinterrasse, dort wo der eine Weg in die Treppe mündet, beziehen. In beiden Fällen müssen Gespräche mit den Eigentümern geführt werden, im letzteren Fall mit der unteren Landschaftsbehörde. Desweiteren würde der Hinweis an den kommunalen Ordnungsdienst

realisierbar sein. Maßgeblich sei, solche Hundehalter zu maßregeln, die die grundsätzliche Vorgabe des Naturschutzes nicht beachten. Da sollte ein Schwerpunkt liegen.

Die Vorsitzende der SPD-Fraktion führt aus, dass man die Anleinplicht eingesetzt habe, um die Menschen zu schützen. Das dürfe bei der ganzen Diskussion nicht außen vorbleiben. Nach dem im Dezember durchgeführten Hearing glaube man schon, dass es viele engagierte Hundehalter in der Stadt gibt, denen die Hunde auch gehorchen. Es gebe allerdings auch andere Hundehalter. Da sei die Stadt schon in der Verantwortung, dem Schutzbedürfnis nachzukommen. Richtigerweise sei daher bei den Überlegungen außer acht geblieben, Freilaufflächen innerhalb des bewohnten Gebietes auszuweisen. Die Vorlage nehme man zur Kenntnis. Dem 2. Teil des Beschlussvorschlages könne man nicht zustimmen, da es noch nicht genügend ausgearbeitet sei, dass die Verwaltung auf dieser Basis weiter arbeiten soll. Man habe eigentlich eine Stellungnahme der Verwaltung zu den einzelnen Schreiben der verschiedenen Verbände und des Kreises Mettmann erwartet. Von daher sei die Vorlage nicht ausreichend. Die SPD-Fraktion sei dafür, dass sich alle beteiligten Gruppen an einen Tisch setzen, die Themen ausdiskutieren und einen Konsens finden, so dass man dann eine Vorlage bekomme, die nicht hinterher wieder neue Diskussionen hervorrufe. Man sei daher nicht bereit, der Verwaltung auf dieser Basis einen konkreten Arbeitsauftrag, die Verordnung zu ändern, zu erteilen.

Vom Vorsitzenden der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird geäußert, dass eine Bürgeranhörung stattgefunden habe. Zu der Veranstaltung am 18.12.00 waren auch nicht nur Hundehalter eingeladen, sondern alle Bürger. Das zu wiederholen, würde kein anderes Arbeitsergebnis bringen, da die Veranstaltung ja gezeigt habe, wer daran interessiert war. Im übrigen werde die Vorlage der Verwaltung für ausgezeichnet gehalten. Die Satzungsänderung sollte daher wie von der Verwaltung vorgeschlagen, dem Rat am 20.02.2001 vorgelegt werden. Diese Satzung sei für die Hundehalter eine große Verbesserung. Bisher habe man nur 2 kleine Strecken gehabt, jetzt habe man Flächen und das in einem wesentlich größeren Umfang. Das Ergebnis sei durchaus tragfähig. Der Verwaltungsvorlage könne man so zustimmen. Was fehlt sei eine entsprechende Kartendarstellung. Das sollte bis zur Ratssitzung nachgeholt werden. Zudem müsse nochmal klargestellt werden, was mit Ziffer 2 "Deichvorland" gemeint ist. Außerdem rege er an, in Gesprächen mit der unteren Landschaftsbehörde zu prüfen, inwieweit im Bereich "Am Werth" ein Zugang zum Wasser geschaffen werden kann. Bis zur Ratssitzung sollte auch geklärt werden, ob und inwieweit es möglich ist, zu den bereits aufgeführten Flächen im Bereich des Wegenetzes weitere Strecken hinzuzunehmen.

Der Bürgermeister entgegnet, diese weiteren Prüfaufträge aufzunehmen. Selbstverständlich werde jegliches Kartenmaterial zur Verfügung gestellt. Die Verwaltung teilt mit, dass man die Möglichkeit, im Bereich "Am Werth" an das Wasser zu kommen, mit der unteren Landschaftsbehörde untersucht habe. Das Problem dort sei, dass das Naturschutzgebiet bis ca. Mitte des Sportplatzes gehe. Insofern habe die untere Landschaftsbehörde keine Möglichkeit gesehen, dort eine Ausnahme zuzulassen, die dann auch eine Ausnahme aus den Bestimmungen des Naturschutzes hätte sein müssen. Es sei dann von dort aus vorgeschlagen worden, eine Fläche dort, wo der neue Deich vom alten abweicht und wo jetzt das Baubüro steht, zu nehmen. Das hätte allerdings mit dem Grundstückseigentümer nicht geregelt werden können. Daraufhin sei die Anregung gekommen, den neuen Deich überhaupt zu nehmen. So sei diese Lösung mit dem neuen Deich entstanden. Da man damit aber nicht am Wasser sei, habe man über Lösungen nachgedacht. Man meine, dass die Fläche auf der Wasserseite des Deiches von der Kapellenstraße bis zum Deichtor für den Anleger der Ruderer und Kanuten eine interessante Fläche sei.

Die Vorsitzende der SPD-Fraktion fragt, wenn diese Angelegenheit am 20.02.01 durch den Rat soll, ob die Verwaltung sich bis dahin in der Lage sehe, eine Stellungnahme zu den

Einwendungen abzugeben, damit darüber entschieden werden könne. Man sehe sich nicht in der Lage, aufgrund der fehlenden Darstellung der Positionen zu entscheiden. Zudem würde sie um Erläuterungen bitten, welche baulichen Voraussetzungen noch geschaffen werden müssen als Voraussetzung für die geplante Verordnung. Desweiteren werde die bereits erwähnte Meinung der SPD-Fraktion zum Antrag erhoben, dass noch im Vorfeld und zur Sicherstellung einer neuen Verordnung, die auf einer breiten Basis und auf Verständnis der Bevölkerung durchgesetzt werden kann, alle Beteiligten an einen Tisch zusammenkommen.

Die Verwaltung erläutert zu den baulichen Voraussetzungen, dass es nichts nütze, jetzt die ordnungsbehördliche Verordnung zu ändern und die neue Deichfläche festzulegen. Diese Fläche habe man noch nicht. Auch die Auslaufzone im Deichvorland, wie beschrieben an der Kapellenstraße, könne z.Zt. nicht angeboten werden. Dort habe man eine riesige Baustelle. Insofern sei angedacht, diese Verordnung in der übernächsten oder 3. Ratssitzung im Sommer zu bringen. Wenn dann der Deich im Herbst fertig sei, könne er genutzt werden. Daher sei nicht beabsichtigt, in der nächsten Ratssitzung eine Änderung der ordnungsbehördlichen Verordnung vorzulegen.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion und der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sprechen sich gegen den Antrag der SPD-Fraktion aus, da bereits eine Bürgeranhörung mit der gleichen Materie stattgefunden habe und es auch keine neuen Argumente gebe.

Abstimmungsergebnis zum Antrag der SPD-Fraktion:

dafür 6 Stimmen (5 SPD, MBM/F.D.P.)

dagegen 9 Stimmen (BM, 7 CDU, Grüne)

Der Bürgermeister teilt mit, dass der Antrag damit abgelehnt sei. Die Vorlage werde im übrigen zur Kenntnis genommen. Die Verwaltung werde die Prüfaufträge abarbeiten und wieder darüber informieren bzw. erforderliche Daten zur Verfügung stellen. Eine entsprechende Änderung der Verordnung werde unter Einbeziehung etwaiger Änderungen aufgrund der Prüfaufträge und sobald die baulichen Voraussetzungen geschaffen sind vorgelegt.

Ö 5. 2001/0045 Einziehung eines Teilstücks des Wirtschaftsweges nördlich der Bürgerwiese Baumberg

Die Vorlage ist zurückgezogen.

Ö 6. 2001/0036 Sachstand Personalentwicklung

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen äußert, dass er in dem Bericht die Personengruppe vermisste, die in den Bereich des Schwerbehindertengesetzes fällt. Er fragt, warum diese in dem Sachstandsbericht nicht erwähnt werden. Es gebe eine Verpflichtung nach dem Schwerbehindertengesetz, eine gewisse Quote an schwerbehinderten Beschäftigten zu erfüllen.

Die Verwaltung teilt mit, dass es im Schwerbehindertenbereich einige Änderungen gegeben habe. Für die nächste Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses sei eine entsprechende Vorlage vorgesehen.

Der Ausschuss nimmt den Sachstandsbericht über die Maßnahmen der Personalentwicklung zur Kenntnis.

Ö 7. Mündliche Anfragen

Ö 7.1 Mündliche Anfrage des Vorsitzenden der CDU-Fraktion, Ratsherr Dr. Müller; " Sauberkeit der Straßen"

Ratsherr Dr. Müller bemerkt, dass man bald die Landesgartenschau in Monheim habe. Die Stadt sollte sich dann von der schönsten Seite gerade auch den Menschen zeigen, die von außerhalb kommen. Da gebe es ein Defizit. Beide Autobahnabfahrten würden sehr schlimm aussehen. Dreck und Müll gebe es haufenweise. Es sei zwar nicht Aufgabe der Stadt Monheim am Rhein, aber es müsse dringend Abhilfe geschaffen werden. Er habe auch bereits den Langenfelder Bürgermeister angesprochen. Vielleicht könne gemeinsam etwas bewirkt werden, dass entweder die, die dafür zuständig sind den Müll beseitigen oder aber letztlich in eigener Regie für Ordnung gesorgt wird.

Der Bürgermeister entgegnet, dass das Autobahnamt in Köln zuständig sei. Der Bürgermeister von Langenfeld und er würden dort nochmal vorstellig werden. In der Tat sei es recht unappetitlich, wenn man sich ansehe, was sich dort alles angesammelt hat. Das müsse nicht sein. Dies gelte für beide Autobahnausfahrten. Er werde das Thema schnellstmöglich angehen.

Ratsherr Schallner (Peto) weist in diesem Zusammenhang auch auf das Problem in Baumberg mit den einschlägigen Papiertüten mit dem großen "M" darauf hin, die überall herumliegen. Hier sollte die Verwaltung auch aktiv werden.

Der Bürgermeister entgegnet, dass es bereits Gespräche gegeben habe. Er stehe in regelmäßigem Kontakt mit Vertretern der besagten Firma. In Hilden gebe es eine Vereinbarung zwischen dem Unternehmen und der Stadt, die eine gewisse Einsammlungspflicht des Unternehmens vorsieht. In Monheim gebe es diesbezüglich bisher nur mündliche Vereinbarungen. Er habe inzwischen auch Beschwerden von Anwohnern, insbesondere von der Grenzstraße, vorliegen, aber auch von den Betreibern des Wasserski-Zentrums, die diesen Missstand immer wieder mitteilen. Er werde versuchen, die Hildener Regelung auch auf das hiesige Projekt zu übertragen.

Ö 7.2 Mündliche Anfrage des Ratsherrn Nieswand (SPD); " Keller Stadtbücherei"

Ratsherr Nieswand teilt mit, dass er als Mitglied des Fördervereins der städtischen Bücherei heute Gelegenheit hatte, in den Keller der Bücherei zu kommen. Dort würden die von der Bücherei nicht mehr benutzten Bücher eingelagert, von dem Förderverein ausgesucht und auf Trödelmärkten verkauft. Außer den Büchern habe sich in dem Keller eine ganze Menge anderer Trödel angesammelt. Er fragt, ob es möglich sei, dies zu entfernen und ggfls. das dann auch zu veranlassen.

Der Bürgermeister entgegnet, dass das geprüft und entsprechend veranlasst wird.

Ö 7.3 Mündliche Anfrage des Vorsitzenden der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Ratsherr Pruin; "Fahrrad - Parkplätze"

Ratsherr Pruin äußert, dass laut Presseberichten in Langenfeld auf Antrag der dortigen CDU-Fraktion im Stadtgebiet an 19 Punkten Fahrrad-Parkplätze entstehen sollen, zum Teil mit Chipkarte abschließbar und zum Teil auch überdacht. Die sogenannten Speichenkiller sollen ersatzlos entfernt werden. Der Pressesprecher der Stadt Monheim am Rhein habe auf Rückfrage der Presse erklären müssen, dass in Monheim derzeit etwas ähnliches nicht in Planung sei. Das könne seiner Meinung nach so nicht hingenommen werden. Die Frage sei, ob man nicht im Zusammenhang mit der Diskussion und weiteren Beratung des Verkehrsentwicklungsplanes, wo es ja auch um Fahrradwege und dergleichen gehe, dies aufnehmen könne.

Der Bürgermeister entgegnet, dass die zentralen Standorte Ernst-Reuter-Platz, Heinestraße, Friedrichstraße, Rathaus-Center im Rahmen des Stadtmarketing bewertet worden sind und man auch den Standort Einkaufszentrum Holzweg sehr intensiv unter die Lupe genommen habe. In einem sehr umfassenden Handlungs- und Maßnahmenkatalog habe man auch diesen Punkt "Erstellung von Fahrrad-Parkplätzen" mit aufgenommen.

Ö 7.4 Mündliche Anfrage des Ratsherrn Gronauer (CDU); "Einlagerung von Wahlkampfwerbemitteln in den Hallen der Bahnen der Stadt Monheim GmbH"

Ratsherr Gronauer bittet den Bürgermeister in seiner Eigenschaft als Vertreter in der Gesellschafterversammlung zu klären, warum in den Hallen der Bahnen der Stadt Monheim GmbH Wahlkampfwerbemittel einer großen Monheimer Partei eingelagert werden und ob es dafür Mietzahlungen gibt. Von seiten der Gesellschafterversammlung sollte Einfluss darauf genommen werden, zumindest Miete dafür zu erheben, ansonsten Abhilfe zu schaffen oder es den anderen Parteien auch zu ermöglichen, dort Werbematerial einzulagern.

Der Bürgermeister entgegnet, dass die Anfrage geprüft werde.

Ö 8. Mündliche Mitteilungen

Der Bürgermeister teilt mit, dass gemäß Beschluss des Ausschusses für soziale Angelegenheiten vom 31.01.2001 die Rechnungsprüfung die zugunsten der Sozialstation Alte Freiheit e.V. durchgeführten Defizitausgleiche untersuchen soll. Der Rechnungsprüfung werde ein entsprechender Prüfauftrag erteilt.

Gemäß der neuen Rechnungsprüfungsordnung würde er hiermit seiner Verpflichtung nachkommen und den Haupt- und Finanzausschuss darüber informieren.

Bürgerfragestunde

Aufgrund der Anfrage eines Bürgers zum Anleinzwang für Hunde teilt der Bürgermeister mit, dass er Anfragen, die sich auf die Tagesordnung beziehen, nicht zulassen könne.